



NEWSLETTER

Renate Geuter
Mitglied im
Niedersächsischen Landtag

Informationen über meine politische Arbeit im Landtag und im Wahlkreis

Ausgabe 4 - August 2013

Inhalt:

Der Anfang ist gemacht – die Erfolgsgeschichte von sechs Monaten Rot-Grün	1
Minister Lies und Renate Geuter besuchen Agrarfrost	4
Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen und eindämmen ...	5
Sozialcharta bei Meyer-Werft ein guter Anfang - SPD-Fraktion lässt im Kampf gegen Missbrauch nicht locker	5
FDP will Unternehmen unterstützen, die an Ausbeutung von Leiharbeitern verdienen ..	6
CDU und FDP erzählen weiterhin finanzpolitische Märchen ..	6
Sozialministerin Rundt in Cloppenburg und Goldenstedt.....	7
Heute schon gelacht?	7
„Eine Woche Landtagsluft geschnuppert“	8
Vorfahrt für die Bildungspolitik: Seriöse und solide Finanzplanung für Niedersachsen	9
Steuerschätzung bestätigt erwartete Einnahmeverluste	10
Meine Tätigkeiten im Landtag	10
Bundratsinitiative für mehr Steuergerechtigkeit und gegen Steuerbetrug	10
Minister Lies beeindruckt vom Unternehmen Hoffrogge Consulting	11
Biogas: Geuter hat Emissionen im Fokus	12
Vertragsnaturschutz durch Umsatzsteuerpflicht bald unattraktiv?	12
Impressum	12

*Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,*

heute erreicht euch/Sie der erste Newsletter nach der Sommerpause. Ich hoffe ihr/Sie konntet diesen schönen Sommer genießen.

Die Landtagsfraktion wird in den nächsten Wochen den Landeshaushalt für das nächste Jahr vorbereiten. Es wird eine große Herausforderung werden, unsere engagierten Ziele umzusetzen, angesichts der uns von der alten Landesregierung hinterlassenen leeren Kassen, aber wir werden uns dieser Aufgabe mit aller Kraft stellen.

Neben meiner Arbeit als stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion und als finanz- und haushaltspolitischer Sprecherin werde ich meine Arbeit für den Wahlkreis engagiert fortsetzen und freue mich, wenn ihr/Sie mich dabei unterstützen und mich insbesondere auf Themen aufmerksam machen, die nicht unbedingt in den Schlagzeilen zu finden sind, die aber ihre Berechtigung haben.

Weitere Informationen über meine politische Arbeit findet ihr/finden Sie auch auf meiner Internetseite www.renate-geuter.de

*Herzliche Grüße
Eure/Ihre*

Renate Geuter



Der Anfang ist gemacht – die Erfolgsgeschichte von sechs Monaten **Rot-Grün**

Studiengebühren werden zum Wintersemester 2014/15 abgeschafft. Derzeit bereiten wir einen Gesetzentwurf vor, den wir im Anschluss an die Sommerpause ins parlamentarische Verfahren geben werden.

Hürden für Gesamtschulen sind abgebaut. Die Fraktionen von SPD und Grüne haben bereits im April den Gesetzentwurf zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften April eingebracht mit dem Ziel der Wiedereinführung von G9 an

Fortsetzung Seite 2

Die Erfolgsgeschichte von sechs Monaten **Rot-Grün** –

Fortsetzung von Seite 1

den Gesamtschulen und die Senkung der Einrichtungsvoraussetzungen von Integrierten Gesamtschulen. Im letzten Plenum vor der Sommerpause wurde das Gesetz beschlossen.

Politische Bildung gehört in die Schule. Das bedeutet für die SPD, dass zum Beispiel Podiumsdiskussionen an den Schulen direkt vor den Wahlen verstärkt möglich werden sollen. Dazu wurde ein Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht.

Stichwahl bei Direktwahlen von Bürgermeister und Landräten wieder eingeführt. Der Gesetzentwurf wurde von den Fraktionen der SPD und den Grünen schon im Märzplenum eingebracht, die Verabschiedung erfolgte im Juni erfolgen und das Gesetz wird sofort in Kraft treten. Bereits bei den nächsten Wahlen der Hauptverwaltungsbeamten ist die Stichwahl wieder möglich. Das Wahlversprechen wird eingelöst – wir sorgen für mehr Fairness, mehr Partizipation und mehr Demokratie in unseren Kommunen. Der Gesetzentwurf wurde von den Kommunalen Spitzenverbänden einhellig begrüßt.

Erneuerung des Petitionswesens und mehr Bürgerbeteiligung. Dazu wurde der Entschließungsantrag „Das Petitionswesen in Niedersachsen - angekommen im 21. Jahrhundert“ in das Aprilplenum eingebracht. Der Entschließungsantrag sieht vor: Ausbau des Angebots für Online-Petitionen, Einführung öffentlicher Petitionen mit Themen von allgemeinem Interesse, Ermöglichen von Diskussion und Mitzeichnung auch im Internet, Durchführung einer öffentlichen Anhörung ab einem Quorum von 5.000 Unterschriften, möglicher mündlicher Vortrag von Petenten, Information der Öffentlichkeit über das Petitionsrecht, Einführung eines Kinderpetitionsportals, grundsätzliche Zuständigkeit des Petitionsausschusses für alle Petitionen, Einsatz von zwei Berichterstattern, Einführung einer elektronischen Akte und Zulassung von Ortsterminen.

Neue Wege in der Integrationspolitik. Die Fraktionen von SPD und Grüne haben eine Integrationskommission ist auf den Weg gebracht, indem sie einen Änderungsantrag zur Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtags gestellt haben. SPD und Grüne rufen beim Landtag die „Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe“ ins Leben - im Sinne einer umfassenden Mitbestimmung und

Mitgestaltung der Migrantinnen und Migranten.

Klare Signale für eine humane Flüchtlingspolitik. Mit dem Entschließungsantrag der Regierungsfractionen „Aufnahme syrischer Flüchtlinge – Niedersachsen lässt Syrerinnen und Syrer nicht im Stich!“ setzen rot-grün eindeutige Akzente, die sich an Kriterien der Menschlichkeit orientieren.

Paradigmenwechsel im Bereich Ausländerpolitik eingeleitet. Mit der Reform der Härtefallkommissionsverordnung zieht mehr Humanität in die Ausländerpolitik ein. Bei Abschiebungen wird es keine Familientrennungen mehr geben. Mit der Berufung von Doris Schröder-Köpf zur Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe wurde die Integrationspolitik zur Chefsache gemacht. Damit wird die Partizipation und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund als Querschnittsaufgabe in der Landesregierung verankert. Jetzt verfügt Niedersachsen endlich über eine direkte Ansprechpartnerin und Anwältin für alle Belange von Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen.

Wiedereinführung des Landesjugendhilfeausschusses auf den Weg gebracht. Die Fraktionen der SPD und Grünen haben die Landesregierung mit der Wiedereinrichtung des Landesjugendhilfeausschusses beauftragt. Damit wird zum einen der Rückzug des Landes aus der Verantwortung der Kinder- und Jugendpolitik beendet und zum anderen die Beteiligung der freien Träger in Niedersachsen gestärkt.

Absicherung der gesetzlichen Schulgeldfreiheit in der Altenpflege beschlossen. Die Fraktionen der SPD und Grünen haben die Landesregierung damit beauftragt einen Gesetzentwurf zur Absicherung der Schulgeldfreiheit in der Altenpflegeausbildung zu erarbeiten. Denn erst durch die gesetzliche Absicherung erhalten die heutigen und künftigen Altenpflegeschülerinnen und –schüler, die Einrichtungsträger sowie die privaten Altenpflegesschulen die Verbindlichkeit und Planungssicherheit, auf Dauer kein Schulgeld zahlen zu müssen.

„Fachkommission Pflege“ ins Leben gerufen. Diese soll gemeinsam mit Verbänden und Trägern landespolitische Initiativen zur Sicherung einer guten und wertvollen Pflege vorbereiten, im Dialog

Fortsetzung Seite 3

Die Erfolgsgeschichte von sechs Monaten **Rot-Grün** -

Fortsetzung von Seite 2

mit Verbänden ein Eckpunktepapier zur Novellierung des Niedersächsischen Heimgesetzes erarbeiten, um die Bildung innovativer, selbstbestimmter Wohnformen wie Demenz-Wohngemeinschaften abzusichern.

- die rot-grüne Bundesratsinitiative am 3. Mai 2013 sich für eine sichere und auskömmliche Krankenhausfinanzierung einsetzt und zur Verbesserung der finanziellen Situation der Krankenhäuser beiträgt.

Bundesratsinitiative gegen das Betreuungsgeld. Niedersachsen am 22. März 2013 gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Bundesratsinitiative zur Aufhebung des Betreuungsgeldes ergriffen hat, um die falsche Weichenstellung der Bundesregierung in Sachen Familienpolitik zu verhindern.

Fachkommission Inklusion. Die Landesregierung hat eine interministerielle Arbeitsgruppe und eine „Fachkommission Inklusion“ auf den Weg gebracht, die unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet und erste Schritte für Inklusion, Barrierefreiheit und direkte Teilhabe festlegt. Vorsitzender ist in beiden Fällen Karl Finke, der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen.

Der Tarifabschluss für die Angestellten wird auf die Beamten im Jahr 2013 übertragen. Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erhalten nach dem Beschluss des Landtages ein monatliches Einkommensplus von 2,65 %.

Bundesratsinitiative zum Thema „Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit und gegen Steuerbetrug“ eingebracht hat. Gemeinsam mit anderen SPD-geführten Landesregierungen will Niedersachsen mit einem Bündel von Maßnahmen kriminelle Steuerhinterziehung entschlossen eindämmen, Steuerbetrug wirksam verhindern und aufdecken. Rot-Grün nimmt sich den Skandalen um Steueroasen, geheimen Offshore-Finanzplätzen und mehreren tausend Datensätze von Steuersündern auf Daten-CDs entschlossen an. Nach seriösen Schätzungen entgehen dem Staat durch Steuerbetrug jedes Jahr Einnahmen in Milliardenhöhe.

100 neue Stellen für Steuerfahndung und Betriebsprüfung. Steuergerechtigkeit und eine faire Finanzierung des Gemeinwesens sind die Grund-

voraussetzungen für ein funktionierendes Staatswesen und einen handlungsfähigen Staat. Die jahrelange personelle Entbehrung in der Finanzverwaltung wird Rot-Grün entschlossen angehen: Es werden die Ausbildungskapazitäten für Anwärtinnen und Anwärter bedarfsgerecht erhöht, um 100 zusätzliche Stellen im Bereich der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung zu schaffen.

Ein neues Landesvergabegesetz wird „Gute Arbeit“ zum Maßstab machen. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden ein neues Landesvergabegesetz vorlegen. Es soll das aktuelle Landesvergabegesetz, das zum 31.12.2013 ausläuft, ersetzen. Das neue Landesvergabegesetz, das für Land, Gemeinden und Landkreise und andere öffentliche Auftraggeber gelten wird, wird sich am Leitbild „gute und fair bezahlte Arbeit“ orientieren. Das noch unter Schwarz-Gelb verabschiedete Landesvergabegesetz genügt diesen Ansprüchen nicht. Beispielsweise ist der Schwellenwert mit 30.000 Euro viel zu hoch angesetzt, das Gesetz soll künftig bereits für Aufträge ab 10.000 Euro gelten. Außerdem haben CDU und FDP das Vergabegesetz auf den Bausektor beschränkt und Dienstleistungsbranchen wie den ÖPNV außen vor gelassen.

„Den Niedriglohnsektor zurückdrängen – Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen“. So heißt der Entschließungsantrag, den SPD und Grüne gemeinsam ins Parlament eingebracht haben. Denn rund vier Millionen Menschen in Deutschland müssen für Stundenlöhne unter sieben Euro arbeiten. Rot-Grün kämpft für einen flächendeckenden und gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 EUR.

Bundesratsinitiative „Gute Arbeit“ eingebracht. Die Mehrheit der Bundesländer steht hinter den politischen Forderungen der neuen Landesregierung für mehr Qualität von Beschäftigung. Ein bundeseinheitlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 € steht hier nur am Anfang. Es geht nicht allein darum, Menschen in Beschäftigung zu bringen, sondern um die Qualität der Beschäftigung. Fehlentwicklungen, wie dem sich ausbreitenden Niedriglohnsektor und der Zunahme prekärer Beschäftigung, muss entgegengesteuert werden. Zu guter Arbeit gehören auch die gleichberechtigte Teilhabe

Fortsetzung Seite 4

Die Erfolgsgeschichte von sechs Monaten **Rot-Grün-**

Fortsetzung von Seite 3

von Frauen und Männern am Arbeitsleben einschließlich der Entgeltgleichheit sowie angemessene und faire Arbeitsbedingungen.

Alternativplanungen zur Y-Trasse werden nicht mehr ausgeschlossen. Denn für die rot-grüne Landesregierung hat die Hafenhinterlandanbindung, insbesondere die Anbindung des JadeWeserPorts eine sehr hohe Dringlichkeit. Hohe Priorität

hat zudem, mehr Gütertransporte auf die Schiene zu bringen. Für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger muss der bestmögliche Lärmschutz gewährleistet werden. Außerdem sind Natur- und Umweltschutzbelange besonders zu berücksichtigen. Ein Projekt dieser Größenordnung braucht die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Die beste Lösung darf nicht an eventuell höheren Kosten scheitern.

Minister Lies und Renate Geuter besuchen Agrarfrost



Das Foto zeigt von links: Eike Stöver, David Krause, Minister Olaf Lies, Lars Bobzien, Renate Geuter (MdB), Jürgen Bruer.

Wildeshausen. Der Niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies sowie die Landtagsabgeordnete Renate Geuter besuchten die Firma Agrarfrost in Aldrup. Ziel dieses Besuches war es, sich über die Wirtschaftskraft mittelständischer Unternehmen in der Region zu informieren.

Nach einer umfassenden Unternehmenspräsentation informierte Firmenchef Eike Stöver die Besucher über die aktuellen Herausforderungen und Probleme, vor denen insbesondere Unternehmen des Ernährungsgewerbes in der Region stehen und

betonte, dass diese in hohem Maße zur positiven Entwicklung der Wirtschaftskraft des Landes Niedersachsen beitragen.

Unter anderem wurde auch über die derzeitige Entwicklung auf den weltweiten Nahrungsmittelmärkten, die weltweite Nachfragesteigerung nach Lebensmitteln durch die stark wachsende Bevölkerung sowie den Flächenwettbewerb zwischen Futtermitteln, Treibstoffen und Nahrungsmitteln diskutiert.

Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen und eindämmen

Kirchhatten. „Was sich hier in Weser-Ems auftut, sind keine Einzelfälle. Diese gängige Praxis in vielen Branchen muss mit allem Nachdruck bekämpft werden,“ mit diesem Hinweis hatte Vorsitzender Bernd Bischof den Bundestagsabgeordneten Holger Ortel, Bundestagskandidatin Susanne Mittag, die Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer sowie Landrat Frank Eger zur Diskussion im Kreisvorstand eingeladen und um Unterstützung gebeten.



MdL Renate Geuter hat schon im vorigen Jahr öffentlich kritisiert, dass es rechtlich fraglich sei, wenn ganze Produktionsbereiche über Werkverträge abgewickelt würden, und die Verleihfirmen gleichzeitig für teilweise menschenunwürdige Unterbringung ihrer Arbeitnehmer Wucherpreise verlangen. Ein weiterer Skandal sei, dass den Betrieben über Werkverträge die Chance zur Befreiung von der EEG-Umlage erleichtert würde.

Erstaunt ist man über die hohe Zahl an ausländischen Arbeitern. „Das sind keine Spargelstecher oder Erdbeerpflücker, die als Saisonarbeiter kommen. Hier wird organisierter Missbrauch von Leiharbeit betrieben, die für den Abbau von Spitzenaufträgen gedacht ist und nicht zum Lohndumping über Werkverträge,“ kritisierte MdL Axel Brammer.

Sozialcharta bei Meyer-Werft ein guter Anfang SPD-Fraktion lässt im Kampf gegen Missbrauch nicht locker

Hannover/ Papenburg.

Johanne Modder, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag Niedersachsen, begrüßt die Sozialcharta der Meyer-Werft in Papenburg, mit der die Situation von Werkvertrags-Beschäftigten verbessert werden soll. „Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg dahin, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten, die über Werkverträge in niedersächsischen Betrieben arbeiten, nachhaltig verbessern.“



„Das gute Beispiel der Meyer-Werft muss ein Vorbild für Unternehmen aller Branchen sein, die mit Werkverträgen über Personaldienstleister Arbeitnehmer aus dem Ausland beschäftigen“, betont Johanne Modder.

Sicher ist, dass eines der wichtigsten politischen Ziele der SPD-Landtagsfraktion ist, für eine nachhaltige Verbesserung der Betroffenen zum Teil prekär Beschäftigten zu kämpfen. Johanne Modder macht deutlich: „Wir haben leider in den Jahren während der Amtszeit der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung zu oft erlebt, dass deren Protagonisten bei Parlamentsdebatten das Thema Missbrauch von Werkverträgen verantwortungslos verharmlost haben. Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird jetzt erfassen, wo wie viele Menschen zu welchen Bedingungen arbeiten. Dort werden auch die Konsequenzen aus dem vorhandenen Missbrauch beraten.“



<http://peer-steinbrueck.de>

FDP will Unternehmen unterstützen, die an Ausbeutung von Leiharbeitern verdienen

Hannover. „Die menschenunwürdigen Umstände, unter denen man Mitarbeiter von Werkvertragsunternehmen in der niedersächsischen Fleischindustrie ausbeutet, werden von der FDP im Land weiter unterstützt. Die Unternehmen, die sich so unsozial verhalten, sollten Birkner auch in Zukunft von der Umlage für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) befreit werden“, prangert Renate Geuter, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion an.

Hintergrund: FDP-Fraktionsvize Birkner hatte in einer Pressemitteilung „mehr Markt- und weniger Planwirtschaft“ gefordert, „damit sich die wirtschaftlichsten und effizientesten Technologien durchsetzen.“ Dazu erklärt Renate Geuter: „Die Liberalen und der abgewählte Minister Birkner voran wollen ihre ungerechte marktradikale Politik fortsetzen. Wir sehen aber jetzt, wohin das führt, nämlich zu unmenschlichen und lebensgefährlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen.“

Geuter: „Das ist der eine Skandal. Der andere ist, dass auch eine Industrie- und Handelskammer unter der Überschrift <So gestalten Sie Ihre Stromrechnung> in Broschüren für Unternehmen Tipps gegeben hat, wie mit der Entlassung von Stammpersonal und der Beschäftigung von Mitarbeitern auf Basis von Werkverträgen die Voraussetzungen

für Kostensenkung und für eine Befreiung von der EEG-Umlage geschaffen werden können.“

Sie habe diese unseriöse Praxis schon im Januar dieses Jahres in einem Brief an den damaligen Umweltminister Birkner kritisiert, betont Renate Geuter. „Der FDP-Politiker Birkner hatte offenbar damals schon kein Interesse daran, das Verfahren zu ändern. Wenn jetzt der grüne Umweltminister Stefan Wenzel diese Praxis beenden will, damit Unternehmer nicht benachteiligt werden, die ihren Beschäftigten faire Löhne zahlen, gegenüber denen, die Billig-Arbeitskräfte einsetzen, dann ist das politisch lobenswert und überfällig.“

Die neue rot-grüne Landesregierung arbeite jetzt mit Hochdruck daran, dass in Niedersachsen Lohndumping und Sklavenarbeit beendet werden. „Es ist sicherlich kein Zufall, dass in der aktuellen Liste der 240 Betriebe, die von der Ökostromumlage befreit sind, u.a. auch alle namhaften Schlachthofunternehmen in Niedersachsen vertreten sind, die in den letzten Monaten dadurch auf sich aufmerksam gemacht haben, dass sie ihre Kernkompetenzen zu nicht hinnehmbaren Bedingungen durch Werkvertragsnehmer ausführen lassen haben“, betont die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Renate Geuter.

CDU und FDP erzählen weiterhin finanzpolitische Märchen

Hannover. „CDU und FDP wollen scheinbar die haushaltspolitische Realität noch immer nicht zur Kenntnis nehmen. Schwarz-Gelb hat dem Land einen Schuldenberg von rund 60 Milliarden Euro hinterlassen“, so die finanz- und haushaltspolitische Sprecherin Renate Geuter. Im laufenden Haushalt klafft eine Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben von rund 1,2 Milliarden Euro. Für zukünftige finanzielle Anforderungen haben die Alt-Koalitionäre zudem nicht ausreichende Vorsorge getroffen. Zum Beispiel: CDU und

FDP haben für das Jahr 2013 eine Tarifsteigerung von 2 Prozent eingeplant. Der tatsächliche Abschluss für 2013, der auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen wurde, liegt bei 2,65 Prozent. Für das Jahr 2014 hat Schwarz-Gelb ebenfalls eine Tarifsteigerung von 2 Prozent eingeplant. Tatsächlich werden die Gehälter aber um 2,95 Prozent steigen. Es liegt demnach eine erhebliche Unterdeckung im Haushalt vor, die CDU und FDP nicht eingeplant und somit zu verantworten haben.

Sozialministerin Rundt in Cloppenburg und Goldenstedt

Cloppenburg/Goldenstedt. Die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt bietet dem Cloppenburger Verkehrs- und Verschönerungsverein (VVC) eine Gesprächsrunde bezüglich der im Südwesten der Stadt erhöhten Krebssterblichkeit an. Der Verschönerungsverein kämpft darum, dass das Thema zur Kenntnis genommen wird und begrüßt das Gesprächsangebot der Ministerin. Die Landtagsabgeordnete hatte den Besuch der Sozialministerin vermittelt.

Der VVC befürchtet eine zu hohe Schadstoffbelastung in dem Gebiet, die er nicht zuletzt in der dortigen Deponie sieht.

Die Suche nach räumlichen Ursachen, so der VVC, wurde von Vertretern der Sozialministeriums und

des Landesgesundheitsamts zu Zeiten der alten Landesregierung als nicht sinnvoll erachtet, da keine Hinweise für Häufungen von spezifischen Krebsdiagnosen vorlägen, die besonders im Zusammenhang mit Schadstoffexpositionen zu diskutieren seien. Dass die Ministerin Gesprächsbereitschaft signalisiert, zeige, so der VVC, dass die neue Landesregierung die Sorgen der Bürger ernst nehme und zu Gesprächen bereit sei. „Dies nennt man Bürgernähe.“

Ein weiteres Ziel der Sozialministerin in der Region war das Mehrgenerationenhaus in Goldenstedt. Cornelia Rundt zeigte sich begeistert von den generationsübergreifenden Projekten und Aktivitäten des Hauses.



Heute schon gelacht?

Klagt ein Pferd dem anderen: „Ich halte nicht mehr aus bei diesem Bauern, so viel arbeiten ... Diese Schufterei, das ist die reinste Ausbeutung.“ „Dann schreib doch an den Tierschutzverein“, rät das andere Pferd. „Bist Du wahnsinnig, dann lässt mich der Bauer auch noch seine ganze Büroarbeit machen!“

„Eine Woche Landtagsluft geschnuppert“

15-jähriger Schüler aus Garrel für eine Woche im Niedersächsischen Landtag

Für Tobias Bohmann aus Garrel war es eine spannende Woche. Der 15-Jährige durfte die Landtagsabgeordnete Renate Geuter für eine Woche bei der Arbeit in Hannover begleiten.

Garrel/Hannover. „Politisch interessiert bin ich schon länger, doch so hautnah miterleben konnte ich Politik bisher noch nicht“, sagt Tobias Bohmann. „Ich habe in Hannover eine sehr spannende Woche erlebt, zu der auch eine Landtags-sitzung gehörte.“

Am Montag ging es für ihn schon früh am Morgen nach Hannover. „Dort hat Frau Geuter mir zuerst ihr Büro und die Fraktion gezeigt“, erzählt der 15-Jährige. Dann fing der politische Alltag aber auch schon an. „Frau Geuter musste sehr viele E-Mails beantworten, Telefonate führen und die Post erledigen. Jeder Abgeordnete hat ein bestimmtes Themengebiet, das er bearbeitet, bei Frau Geuter ist es die Haushalts- und Finanzpolitik, aber auch Agrar-themen.“ Mittags gab es nur eine kurze Pause. Sofort ging es weiter zu einer Sitzung des Fraktionsvorstands, auf der die Anträge in der kommenden Landtagssitzung und die Zuständigkeit der Abgeordneten für die Themen kurz besprochen wurden.

Am Dienstagmorgen ging es zuerst in den „Arbeitskreis Agrar“ der SPD-Fraktion, wo der Schüler des Clemens-August-Gymnasiums in Cloppenburg erfuhr, dass das politische Geschehen sich zum größten Teil nicht im Plenarsaal, sondern in Arbeitskreisen und Ausschüssen abspielt. Hier beraten sich die Politiker nicht nur untereinander, sondern laden auch Betroffene und Experten ein, um deren Vorschläge und Einwände zu hören. „Diese Beratungen bilden das politische Kerngeschäft, was man aber als normaler Bürger leider gar nicht mitbekommt, da im Fernsehen häufig nur die hitzigen Debatten gezeigt werden“, stellt der Schüler fest. Ein weiteres Highlight für den jungen Garreler war unter anderem die Fraktionssitzung der SPD am Mittag, zu der auch der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und einige SPD-Minister gekommen waren. „So nah an diesen wichtigen politischen Würdenträgern zu sein, fand ich schon etwas sehr besonderes.“

Am Mittwoch begann dann die Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags. Die Debatten im Landtag konnte Tobias Bohmann von seinem Logenplatz aus sehr gut verfolgen. Zuerst ging es um



die Bilanz der neuen Landesregierung nach 100 Tagen. „Wie emotional auch hier in Hannover debattiert wird, hat mich überrascht. Das kenne ich so eigentlich nur aus dem Bundestag“, gesteht der 15-Jährige. „Ich fand die verschiedenen Debatten aber sehr interessant. Es ging neben der Bilanz der neuen Landesregierung beispielsweise auch um eine Angleichung der Beamtenbesoldung. Sehr bewegt hat mich auch eine Kundgebung vor der Marktkirche, bei der Politiker aller Parteien den Opfern des Brandanschlags von Solingen am 29. Mai 1993 gedacht haben.“

Den Alltag der Landtagsabgeordneten finde ich sehr abwechslungsreich, denn neben Beratungen und Debatten gehört auch der Empfang von Besuchergruppen aus dem eigenen Wahlkreis dazu.“ So konnte Bohmann mehrmals dabei sein, wenn Renate Geuter Besuchergruppen empfing. „Schön war, dass die Abgeordneten der verschiedenen Parteien sich vor den Besuchern nicht gegenseitig attackiert, sondern gemeinsam die Fragen der Besucher beantwortet haben, und versucht haben, ihre Aufgaben und Pflichten im Landtag möglichst gut zu erklären.“

Nach einem langen Mittwoch ging es am Donnerstag im gleichen Tempo weiter.

Fortsetzung Seite 9

„Eine Woche Landtagsluft geschnuppert“

Fortsetzung von Seite 8

Von seinem Platz aus konnte er eine sehr hitzige Debatte zur Lagerung des Atommülls verfolgen, in der es hoch her ging. „Gut fand ich auch, dass die Abgeordneten aller Parteien am Nachmittag Gelegenheit hatten, der Regierung Fragen zu stellen, die diese beantworten musste.“ Ein schönes Ende fand die Woche dann am Freitag. Am Morgen konnte der Schüler sich ein Bild von der Regierungsarbeit machen. Er durfte an einer Sitzung des rot-grünen Arbeitskreises Agrar teilnehmen, an der auch der Landwirtschaftsminister Christian Meier (Grüne) teilnahm, und sich anschauen, wie die Regierungspolitik vorbereitet wird. Dort wurden unterschiedliche Pläne und Ideen besprochen und diskutiert, wobei der Schüler feststellen musste, dass einige Dinge in Hannover nicht ohne Berlin laufen und umgekehrt in Berlin auch die Zustimmung Hannovers notwendig ist.

„In der ganzen Woche gab es für mich 2 Highlights: Am Mittwoch habe ich den Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) auf dem Flur des Landtags getroffen und er hat mir sogar die Hand gegeben, am Freitag konnte ich neben dem Landwirtschaftsminister zu Mittag essen. Die ganze Woche war für mich sehr informativ. Ich könnte mir vorstellen, selbst politische Funktionen wahrzunehmen,

wenn ich erwachsen bin“, stellt Tobias Bohmann fest.

Weiter lobt er: „Ich kann dieses Programm wirklich nur empfehlen. Man kann dabei eine Menge über das politische Geschäft lernen.“

Ich glaube, wir alle sollten Respekt vor der Arbeit unserer Abgeordneten haben, die sehr stressig ist. Es hat mich sehr nachdenklich gestimmt, dass hier immer mehr Leute nicht zur Wahl gehen, während zum Beispiel in Syrien Menschen im Kampf für die Demokratie sterben.“

Auf die Hospitation „Schülerinnen und Schüler begleiten Abgeordnete“ wurde Tobias Bohmann von Paul Drees (SPD), Ratsmitglied der Gemeinde Garrel aufmerksam gemacht. Tobias Bohmann meint: „Ich kann das wirklich nur empfehlen. Man sollte einfach die Abgeordneten im Wahlkreis darauf ansprechen, die einem dann gerne behilflich sind. An dieser Stelle gilt mein Dank besonders Frau Geuter für ihr Engagement.“

Weitere Informationen zur Hospitation finden Sie im Internet unter:

www.landtag-niedersachsen.de/hospitation/.

Vorfahrt für die Bildungspolitik: Seriöse und solide Finanzplanung für Niedersachsen

Hannover. Nach der Haushaltsklausur des Kabinetts im Juli erklärte die Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Johanne Modder: „Bildung ist seit jeher der politische Schwerpunkt der SPD. Mit der Verdreifachung der Mittel für Ganztagschulen setzt die Landesregierung einen klaren Schwerpunkt in der Bildungs- und Familienpolitik. Diese Leistung kann nur durch Umschichtungen auch im Bildungsetat gelingen.“

Die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Geuter, erklärt zum Haushaltsentwurf der Landesregierung:

„Nach jahrelanger schwarz-gelber Misswirtschaft, in der ein Haushaltsausgleich nur durch Einmaleffekte erzielt wurde, sorgt Rot-Grün wieder für eine seriöse und solide wie vor allem auch zukunftsfähige Finanzplanung. Die Finanzpolitik der abgewählten

Landesregierung war eine moralische Bankrotterklärung. Schwarz-gelb hatte nicht den Mut und nicht die Kraft, das strukturelle Defizit zu reduzieren. In den vergangenen drei Jahren hat die frühere Landesregierung eine Milliarde Euro aus der Rücklage verschleudert und das Vermögen des Landes unter Wert versilbert. Die ehemalige CDU/FDP-Landesregierung hat die Schulden des Landes um etwa 20 Milliarden Euro erhöht. Damit gehen CDU und FDP als die Schuldenmacher in die Geschichte des Landes ein.

Jetzt geht es darum, die Schulden strukturiert abzubauen und die Ausgaben sinnvoll zu begrenzen. Mit dem von Rot-Grün vorgelegten Haushaltsplan legt die Landesregierung einen realistischen Abbaupfad vor, mit dem die Schuldenbremse spätestens im Jahr 2020 eingehalten werden kann.“

Steuerschätzung bestätigt erwartete Einnahmeverluste

Hannover. Zur letzten Steuerschätzung erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin Renate Geuter: „Die Steuerschätzung bestätigt, dass die abgewählte Landesregierung in ihrer Mittelfristigen Planung (Mipla) von zu positiven Steuereinnahmen ausgegangen ist. In der Mipla 2012 – 2016 hat Schwarz-Gelb einfach weiter wachsende Steuereinnahmen prognostiziert. Das war ein falscher Weg, wie sich leider zeigt. Zudem haben CDU und FDP absehbare Ausgabensteigerungen zu gering angesetzt.“

„Die von Schwarz-Gelb jahrelang propagierte Champagnerlaune ist einer ernüchternden Realität gewichen. Das zehnjährige haushaltspolitische Wirken der Alt-Koalitionäre wirft lange Schatten. Die neue Landtagsmehrheit steht wie erwartet vor schweren Haushaltsberatungen. Es zeigt sich: An einer konsequenten Haushaltskonsolidierung geht kein Weg vorbei. Dabei gilt es, die Einnahmeseite stärker zu berücksichtigen. In einem ersten wichtigen Schritt werden SPD und Grüne Steuerflucht, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung durch zusätzliche Steuer- und Betriebsprüfer konsequent bekämpfen.“

Meine Tätigkeiten im Landtag

- Mitglied im Ältestenrat
- Mitglied im Ausschuss Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
- Mitglied im Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl und Zustimmung nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung
- Stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion
- Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion



**SPD-Landtagsfraktion
Niedersachsen**

<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de>

Bundesratsinitiative für mehr Steuergerechtigkeit und gegen Steuerbetrug

Hannover. „Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren außer Ankündigung nichts für mehr Steuergerechtigkeit und gegen Steuerbetrug unternommen. Umso wichtiger ist es, dass der Bundesrat die Bundesregierung mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen jetzt zum Handeln zwingt.“

Geuter verweist in diesem Zusammenhang auf die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen: „Wir werden die Ausbildungskapazitäten für Anwärterinnen und Anwärter bedarfsgerecht erhöhen, um unser Ziel, 100 zusätzliche Stellen im Bereich der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung zu schaffen, erreichen zu können. Wir müssen die Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen, die dem Land bisher durch nicht ausreichende Betriebsprüfungen verloren gehen“.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion seien Steuergerechtigkeit und eine faire Finanzierung des Gemeinwesens die Grundvoraussetzungen für ein funktionierendes Staatswesen und einen handlungsfähigen Staat. „Wir brauchen die Einnahmen für Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Und wir nehmen nicht länger hin, dass der ehrliche Steuerzahler der Dumme ist“, so die SPD-Finanzpolitikerin Renate Geuter weiter. Die Finanzkrise habe das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat und die Banken erheblich erschüttert, die aktuellen Entwicklungen über Steuerbetrug und Steuerflucht haben den dringenden Handlungsbedarf zudem untermauert.

Nach seriösen Schätzungen entgehen dem Staat durch Steuerbetrug und Steuerhinterziehung jedes Jahr Einnahmen in Milliardenhöhe.

Minister Lies beeindruckt vom Unternehmen Hoffrogge Consulting

Wildeshausen. Bei ihrem Besuch der Wildeshauser Firma Hoffrogge Consulting in der vergangenen Woche zeigten sich der niedersächsische Wirtschaftsminister Lies und die stellvertretende SPD Fraktionsvorsitzende Renate Geuter von der Innovationskraft des Unternehmens beeindruckt. „Die Tatsache, dass rund ein Drittel der Tätigkeiten sich auf Forschung und Weiterentwicklung konzentrieren, zeugt von Weitsicht“, betonte Olaf Lies gegenüber Geschäftsführer Wilhelm Hoffrogge.

28 Mitarbeiter - davon viele seit ihrer Ausbildung dabei - kümmern sich um das Vorhandensein einer optimalen Produktpalette und deren passgenaue Platzierung im Einzelhandel. Auftraggeber sind namhafte Firmen wie Anheuser-Busch InBev, Coca Cola oder Mars. Einzigartig ist dabei, dass Hoffrogge Consulting für jeden Einzelhandelsstandort separat und individuell für eine optimale Sortimentszusammenstellung sorgt und nicht nur regional. „Für diese Konzeption haben wir auch ein Patent angemeldet“, erläuterte Wilhelm Hoffrogge bei seiner Firmenpräsentation.

Vor dem Hintergrund, dass sich Hoffrogge Consulting demnächst auch auf dem internationalen Markt behaupten will, plant Geschäftsführer Wilhelm Hoffrogge eine Erweiterung: „Wir werden auf dem Areal des Spascher Sand Resorts einen Neubau errichten, um unsere Arbeitsplatzkapazitäten zu



Foto von links: Projektmanagerin Friederike Taske (Hoffrogge Consulting), MdL Renate Geuter, IT-Verantwortlicher Maik Amelmann (Hoffrogge Consulting), Wirtschaftsminister Olaf Lies, Geschäftsführer Wilhelm Hoffrogge.

erhöhen.“ Auch hier setzt der Firmeninhaber auf Nachhaltigkeit mit einer ökologischen, energieeffizienten Bauweise.

Angetan zeigten sich Wirtschaftsminister Lies und die Landtagsabgeordnete Geuter auch von der Personalpolitik des Unternehmens. Hier kooperiert Hoffrogge Consulting unter anderem mit den Hochschulen in Wilhelmshaven und Bremen. „Als kleineres Unternehmen stehen wir bei der Mitarbeitergewinnung in Konkurrenz zu Großunternehmen und müssen deshalb besonders attraktiv sein“, so Wilhelm Hoffrogge.

DAS WIR ENTSCHIEDET.
BUNDESTAGSWAHL 22. SEPTEMBER 2013



Biogas: Geuter hat Emissionen im Fokus

Oldenburger Land. Welche Regelungen gelten in Niedersachsen zur Begrenzung von Emissionen aus Biogas-Blockheizkraftwerken (Biogas-BHKW) bei Anlagen, die lediglich nach dem Baurecht zu genehmigen sind? Sind auch für diese Anlagen regelmäßige Überprüfung der Schadstoffemissionen der BHKWs vorgeschrieben und, wenn ja, in welchen Fällen? Hält die Landesregierung weitergehende Maßnahmen zur Reduzierung insbesondere der Formaldehydemissionen an Biogas-BHKWs für erforderlich und, wenn ja, welche? Diese differenzierten Fragen hat die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Renate Geuter an die niedersächsische Landesregierung gestellt.

„Nach den Angaben im aktuellen Potenzialatlas „Bioenergie“ erreichen bestimmte Landkreise in Niedersachsen deutschlandweit die höchste Dichte an Biogasanlagen, darunter auch Landkreise im Oldenburger Land, wie beispielsweise Cloppenburg oder der Landkreis Oldenburg. In diesen Regionen spielt demnach nicht nur die Frage der Flächenkonkurrenzen hinsichtlich des Maisanbaus eine wichtige Rolle sondern auch die Entwicklung möglicher Emissionen aus der Biogasanlage“, erläutert Renate Geuter die Zielrichtung ihrer Anfrage.

Die Anfrage mit Antwort der Landesregierung in Gänze findet ihr/finden Sie hier:

<http://www.renate-geuter.de/aus-dem-landtag/anfragen-2013/>

Vertragsnaturschutz durch Umsatzsteuerpflicht bald unattraktiv?

Hannover. Land- und Forstwirte, die ein Grundstück dauerhaft für Ausgleichsmaßnahmen nach dem Bundesnaturschutz zur Verfügung stellen, müssen auf das dafür enthaltene Entgelt Umsatzsteuer zahlen. Der Bundesfinanzhof hat mit Urteil vom 08.11.2012 abschließend entschieden, dass Entschädigungszahlungen für die Überlassung eines Grundstückes an eine Gemeinde zur Verwendung für eine Ausgleichsmaßnahme der umsatzsteuerrechtlichen Regelbesteuerung unterliegen.

Bei auf Dauer angelegtem Vertragsnaturschutz sei damit zu rechnen – so die Vermutung Betroffener – dass die Finanzverwaltung den bislang eher großzügig angelegten Maßstab für eine Umsatzsteuerbefreiung aufgrund der neuen Rechtsprechung verschärfen wird.

Vor diesem Hintergrund fragte Renate Geuter die Landesregierung: 1. Erwartet die Landesregierung aufgrund der aktuellen Rechtsprechung eine veränderte Vorgehensweise der Finanzverwaltung im Hinblick auf die Umsatzsteuerbefreiung für Naturschutzmaßnahmen und wenn ja, in welchem Umfang und in welchen Bereichen? 2. Gibt es aus Sicht der Landesregierung Auswirkungen des BFH Urteils im Hinblick auf die Bereitschaft, Grundstücksflächen für den Vertragsnaturschutz zur Verfügung zu stellen und wenn ja, in welcher Hinsicht? 3. Wird die aktuelle Rechtsprechung des BFH aus Sicht der Landesregierung zukünftige Förderprogramme für den Vertragsnaturschutz beeinflussen und, wenn ja, in welcher Hinsicht?

Die Anfrage mit Antwort der Landesregierung in Gänze findet ihr/finden Sie hier:

<http://www.renate-geuter.de/aus-dem-landtag/anfragen-2013/>

Impressum

ViSdP:

Renate Geuter, MdL
Moorstr. 7
26169 Friesoythe

Telefon: 04491 4664
Email: renategeuter@gmx.de
Homepage: www.renate-geuter.de